

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 129

10. Juli 1978

Heinz Menzel MdB wirft der Opposition im Zusammenhang mit der Spenden-Affäre doppelbödiges Verhalten vor.

Seite 1/2

Hermann Dürr MdB zieht eine Bilanz der rechtspolitischen Parteitagebeschlüsse.

Seite 3/4

Deutsch-französische Jugendkontakte nehmen zu.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Betrug am Bürger

Opposition offenbart bei der Spenden-Affäre ihre Doppelmoral

Von Heinz Menzel MdB

Mindestens 105 Manager großer Unternehmen müssen in den nächsten Wochen damit rechnen, daß ihnen ein Strafbefehl auf den Tisch flattert. Nicht legal ist der Weg, über den sie der CDU Gelder zukommen ließen, angeblich als Entgelt für - inhaltsleere - Gutachten. Die Spenden - für die CDU eine sprudelnde Einnahmequelle - haben als Betriebsausgaben die zu versteuernden Gewinne der Firmen gemindert und so zu ganz erheblichen Steuerersparnissen geführt.

Daß sich Parteien mit wohlhabenden Parteigängern durch Steuererleichterungen finanzielle Vorteile verschaffen, gerade dies wollte der Gesetzgeber verhindern, als er die Grenze für steuerlich abzugsfähige Parteispenden auf 600,- DM je Person und Jahr festlegte. Wer da - wie der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie im Einspruch gegen den bereits gegen ihn ergangenen Strafbefehl - von rechtlicher Unsicherheit spricht, kann damit nur seine wirklichen Motive verschleiern wollen: Der CDU auf Biegen und Brechen und auf Kosten der ahnungslosen Steuerzahler zur Macht zu verhelfen.

Die "rechtliche Unsicherheit" jedenfalls wäre bei Rückfrage in den Rechtsabteilungen der betreffenden Großbetriebe schnell beseitigt gewesen, eine Möglichkeit, die Managern großer Betriebe, nicht aber Normalbürgern zur Verfügung steht. Ein mildes Lächeln erntete der "Mann von der Straße", wollte er bei Straftaten darauf hinweisen, daß er sich über die Strafbarkeit seiner Handlung nicht im Klaren war. Die Anwendung des Grundsatzes "Unwissenheit schützt vor Strafe nicht" kann aber wohl kaum von der Gehaltsgruppe der Betroffenen abhängen.

Die Frage, ob sich der Geschäftsführer der "Union-Betriebs-GmbH" wegen Anstiftung zur Steuerhinterziehung strafbar gemacht hat, fällt in den strafrechtlichen Bereich. Die Frage danach aber, wer die Verantwortung dafür trägt, daß eine Partei sich auf Kosten der Steuerzahler hohe Einnahmen verschafft, ist eine moralische und vor allem politische. Der Steuerskandal wird damit auch zu einem politischen Skandal der CDU. Denn wer wird so blauäugig sein, zu glauben, daß mehr als 100 Managern großer Unternehmen gleichzeitig eingefallen ist, viel Geld für nutzlose Gutachten auszugeben, ohne von jemandem dazu animiert worden zu sein.

Diejenigen, die - wie die Christdemokraten - beim leisesten Anschein fehlerhafter Amtsführung in irgendeinem Ministerium gleich den Kopf des Ministers fordern, werden sich gefallen lassen müssen, daß die gleichen Maßstäbe bei ihnen angelegt werden. Es stellt sich die Frage, wer in der CDU die politische Verantwortung für diesen Betrug am Bürger übernimmt.

Generalsekretär der CDU in der fraglichen Zeit war Herr Biedenkopf, jener Mann, der Sozialdemokraten und Gewerkschaften "Filzokratie" vorwarf. Stellvertretender Vorsitzender der CDU und später ihr Vorsitzender ist Herr Kohl, der mit Forderungen an Regierungsmitglieder, aus Fehlern oder vermeintlichen Fehlern Konsequenzen zu ziehen, nicht kleinlich ist. Beide Politiker werden sich kaum weigern können, mit der gleichen Elle gemessen zu werden, die sie z.B. bei den Ministern Leber und Maihofer anlegten.

Will die Union in den Augen der Bürger glaubwürdig bleiben, kann dies nur heißen:
Kohl muß den Hut nehmen! (-/10.7.1978/bgy/10)

+ + +

"Rechtsstaatlichkeit bewahren, Reformen durchsetzen"

Zu den rechtspolitischen Beschlüssen des SPD-Bundesparteitages in Hamburg

Von Hermann Dürr MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Der Schwerpunkt der rechtspolitischen Anträge des Bundesparteitages in Hamburg lag im Bereich der Anti-Terrorgesetzgebung (sieben Anträge) sowie im Bereich des Mietrechts (ebenfalls sieben Anträge).

Der Bereich der Anti-Terrorgesetzgebung war zugleich einer der rechtspolitischen Schwerpunkte der zurückliegenden Monate. Das "Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung" vom 14. April 1978 enthält das Arbeitsergebnis der Bundestagsfraktion. Der erleichterte Verteidigerausschluß und die Einführung von Trennscheiben sollen terroristische Straftaten erschweren, Gebäudedurchsuchungen, Kontrollstellen, Identitätsfeststellungen sollen die Fahndung insbesondere nach terroristischen Straftätern erleichtern. Das Gesetz regelt strikt nur das, was zugleich kriminalpolitisch geboten und rechtsstaatlich unbedenklich ist. Wir haben damit dem Beschluß des Hamburger Parteitages zu den verschiedenen Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung Rechnung getragen:

"Dazu gehört weiter die Prüfung unserer Gesetze darauf, ob sie den Erkenntnissen neuerer Erfahrungen entsprechen. Wo diese Erfahrungen Gesetzesänderungen verlangten, sind sie von den Sozialdemokraten vorgenommen worden. Das gilt auch für die Zukunft."

Die darüber hinausgehenden Vorschläge der CDU/CSU zur Verschärfung des Strafrechts, des Strafprozeßrechts und des Strafvollzugs sind in Übereinstimmung mit den Hamburger Beschlüssen im Bundestag abgelehnt worden. Abgelehnt wurden u.a. 42 Änderungen des Strafgesetzbuches, die die CDU/CSU-Fraktion vorgeschlagen hat.

Im Bereich des Mieterschutzes kann festgestellt werden, daß das "zweite Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnissen über Wohnraum" vom 18. Dezember 1974 seine Ziele voll erreicht hat: Die Mieten sind seitdem langsamer gestiegen, die Räumungsklagen sind seltener geworden. Die Bundesregierung wird im Jahre 1979 einen Bericht

über die Auswirkungen dieses Gesetzes geben. Gegenwärtig geht es rechtspolitisch darum, die von den Hauseigentümern und der CDU/CSU ständig wiederholten falschen Argumente einer angeblich investitionshemmenden Wirkung des Mieterschutzes zu bekämpfen. Die Bundestagsfraktion wird deshalb den Bericht der Bundesregierung abwarten und sich auch weiterhin, in völliger Übereinstimmung mit der Partei, einer Demontage sozialer Schutzrechte des Mieters entgegenstellen.

Ein weiterer Schwerpunkt der rechtspolitischen Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion wurde im vom Bundesparteitag angenommenen Antrag 109 des Ortsvereins Merkestein angesprochen: Die wirksame Verfolgung neonazistischer Aktivitäten. Gerade auf diesem Gebiet ist seit dem Bundesparteitag 1977 aufgrund von Initiativen aus der Bundestagsfraktion viel geschchen. Mit Unterstützung der Bundesminister Hans-Jochen Vogel und Antje Huber ist es gelungen, die Strafverfolgung neonazistischer Aktivitäten zu intensivieren und die Bundesprüfstelle für jugendgefährdendes Schrifttum stärker als zuvor mit den Fällen der Verbreitung von Nazipropaganda zu befassen.

Die weitere rechtspolitische Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion in der gegenwärtigen Legislaturperiode wird sich auf Vorhaben konzentrieren, deren Notwendigkeit von verschiedenen Parteitagen hervorgehoben wurde. Im einzelnen sind zu nennen: Die Neuregelung des Rechts der elterlicher Sorg (Parteitagen in Dortmund, Hannover, Mannheim, Hamburg), die Verbesserung des Verbraucherschutzes (Parteitagen in Mannheim) und die Bekämpfung der Umweltschutzkriminalität (Parteitagen in Dortmund).

Mit der Verbesserung der außergerichtlichen Rechtsberatung für Einkommensschwache und mit der Reform des Staatshaftungsrechts werden wir ferner Anliegen aufgreifen, die die SPD schon seit rund 100 Jahren immer wieder vertreten hat.

(-/10.7.1978/va-he/10)

Fast 30.000 europäische Brieffreundschaften vermittelt

Deutsche Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren von Franzosen gesucht

Die Europäische Freundschaftspost (Poste européenne de l'Amitié) in Paris hat im Jahre 1977 mehr als 9.000 Brieffreundschaften zwischen deutschen und französischen Jugendlichen vermittelt. Diese Entwicklung hat sich auch im laufenden Jahr fortgesetzt: Von Januar bis April 1978 konnten weitere 1.500 Brieffreundschaften über die deutsch-französische Grenze hinweg geknüpft werden. Seit Januar 1977 dürften mit Hilfe der Organisation Europäische Freundschaftspost in Paris bis heute rund 12.000 Brieffreundschaften zwischen der jungen Generation in Deutschland und Frankreich in die Wege geleitet worden sein. Das bedeutet, daß sich 24.000 Jugendliche aus beiden Ländern regelmäßig Briefe in einer der beiden Sprachen schreiben, oft sogar mehrmals im Monat.

Zur Zeit liegen beim Sekretariat der Europäischen Freundschaftspost in Paris noch etwa 2.000 Anfragen deutscher Jugendlicher, für die noch kein französischer Brieffreund gefunden werden konnte. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die an dem Briefaustausch interessierten Altersgruppen in beiden Ländern sehr unterschiedlich sind. Während die einen Briefkontakt suchenden jungen Franzosen überwiegend zwischen 14 und 16 Jahre zählen, liegt das Alter der interessierten deutschen Jugendlichen meist zwischen 16 und 22. Wegen des zu großen Altersunterschieds ist eine Vermittlung daher nicht möglich. Aus der Bundesrepublik sollten sich daher vor allem Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren in Paris melden. Sie können relativ schnell einen französischen Brieffreund bekommen. Französische Sprachkenntnisse sind nicht unbedingt erforderlich. Wer in dieser Altersgruppe ist und an einer Brieffreundschaft mit einem französischen Jugendlichen (Junge oder Mädchen) interessiert ist, sollte unter Angabe der Adresse, des Alters, der Sprachkenntnisse und der persönlichen Interessen (Hobbies) an folgende Adresse schreiben:

Poste européenne de l'Amitié
11 rue Anatole de la Forge
F-75017 Paris

Zwischen Frankreich und den anderen acht EG-Ländern kamen im letzten Jahr über 20.000 Brieffreundschaften unter jungen Leuten zustande, wobei fast die Hälfte auf die Bundesrepublik entfällt. Seit Januar 1978 sind weitere rund 10.000 Brieffreundschaften dazu gekommen. In eineinhalb Jahren sind also rund 30.000 Brieffreundschaften in neun EG-Ländern geschaffen worden: Ein praktischer Beitrag der Jugend zur europäischen Verständigung und Einigung über die Ländergrenzen hinweg.

Egon C. Heinrich
(-/7.7.1978/vs.be/10)